



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

### ► Regierungsratsbeschluss vom 25. Februar 2014

P135513

Schriftliche Anfrage Samuel Wyss betreffend die Koordinatorin für Religionsfragen und dem Staatsschutz sowie der in Basel ansässigen Terrororganisationen

---

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

#### **Begründung**

Die Zuständigkeiten in Bezug auf die gestellten Fragen sind klar geregelt. Präventionsarbeit wird von verschiedenen privaten und staatlichen Organisationen durchgeführt. Sollten im Rahmen der Präventionsarbeit Haltungen festgestellt werden, die den Rechtsstaat gefährden, so sind diese gemäss dem Bundesgesetz über die Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone, namentlich der Staatsanwaltschaft zu melden. Ob bestimmte Handlungen die Grenzen der Meinungs-, Glaubens- oder Demonstrationssfreiheit überschreiten, wird einerseits von den nationalen Staatsschutzbehörden und andererseits von den Strafverfolgungsbehörden geprüft. Die Koordination für Religionsfragen bearbeitet Fragestellungen, die das Verhältnis von Religion und Gesellschaft betreffen. Sie hat vor allem eine beratende Funktion. Die Stelleninhaberin erfüllt die Anforderungen an diese Aufgabe vollumfänglich.

